

Jürgen Oelkers

*Populismus und Autoritarismus:
Herausforderungen für die öffentliche Bildung^{*)}*

1. Brüder im Geiste?

Wenn „Populismus“ nachlässig-suggestiven Umgang mit der Sprache meint, dann ist er in der öffentlichen Rhetorik über Erziehung und Bildung weit verbreitet. Man denke nur an die „ganzheitliche“ Erziehung, die niemand je gesehen hat, an das Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“, das schon bei Pestalozzi schwer zu finden ist, oder an das „selbstorganisierte Lernen“, von dem jeder weiss, dass es in vorfabrizierten Lernräumen stattfindet. Die amerikanische Historikerin Diane Ravitch (2007) sprach von „EdSpeak“, einem Jargon, bei dem jeder zustimmt, obwohl niemand so genau weiss, wovon die Rede ist.

Aber dieser beklagenswerte Zustand ist vermutlich nicht der Grund, warum ich zu diesem Vortrag eingeladen worden bin. Weiter komme ich wohl mit einer anderen Art von Rede, nämlich dem politischen Kompliment, das dazu dient, die Reihen zu schliessen. Ich nehme „Trump before Trump“, also den Coup der Weltwoche, Steve Bannon für einen Vortrag zu gewinnen,¹ in dem er Christoph Blocher mit Donald Trump verglichen und eine historische Linie derer gezogen hat, die im gleichen Geiste sind.

Im gleichen Geiste ist man bekanntlich am ersten Pfingsttag. Und vielleicht haben die die Zuhörer in Zürich-Oerlikon ja tatsächlich ein Pfingstwunder vor sich gesehen haben, so wie es die Predigtliteratur des frühen 18. Jahrhunderts beschrieben hat.

„Es geschahe schnell ein Brausen vom Himmel. Es geschahe dieses Brausen nicht etwa aus einer unterirdischen Klufft/... sondern vom Himmel/anzuzeigen/dass die Wunder-Gaben/womit die Apostel ausgerüstet worden/nicht/wie jene/von dem Fürsten der Finsterniss/sondern von oben herabkommen/von dem Vater des Lichts/bey welchem keine Veränderung ist/noch Wechsel des Lichtes und der Finsterniss“ (Jahn 1720, S. 11).²

In Oerlikon trat ein eloquenter und anpassungsfähiger Prediger auf, der die Welt manichäisch sieht und sie auf die beiden grossen Lager des Lichtes und der Finsternis reduziert, nämlich die Verlierer der Globalisierung, denen die Probleme aufgebürdet werden, und das Establishment, das sie verursacht.

^{*)} Vortrag im Zentrum für Demokratie am 16. März 2018 in Aarau.

¹ Die Weltwoche *on the road* Free Speech Summit.

² Johann Wilhelm Jahn (1681-1725) war seit 1714 Professor der historischen Wissenschaften und später der Gottesgelehrtheit in Wittenberg.

Wer auf der Seite des Lichts steht, gewinnt und befreit am Ende die Welt. Die Geschichte verläuft in Zyklen und für die Zukunft gilt: „The tide of history is on our side.“ Erwartet wird eine neue Französische Revolution, mit der die Struktur der Gesellschaft auf den Kopf gestellt wird und auch die Berufung auf das Volk fehlte in Bannons ziemlich kurzer Rede nicht.

Sprach da in Oerlikon ein „Rechtspopulist“? Nimmt man Joshua Greens Buch über Bannon zu Hilfe, das im Juli 2017 erschienen ist, dann ist die Antwort klar. Das Buch trägt den Titel *Devil's Bargain* und beginnt mit folgender Feststellung:

„For years, Bannon had tracked, and occasionally abetted, the right-wing populist uprisings sweeping across Europe and Great Britain. Where others saw Trump's campaign as a joke or an ego trip, Bannon framed it as the inevitable U.S. manifestation of these same factors and Trump as the avatar of an us-versus-them populism that could galvanize an electoral majority to rise up and smash a corrupt establishment” (Green 2017, S, 5/6).

Wie zur Bestätigung sagte Bannon auf dem Umbenennungsparteitag des Front National am 10. März 2018 in Lille, man müsse es als Ehre verstehen, als Rassist und Xenophob verachtet zu werden.³ „Let them call you racists. Let them call you xenophobes. Let them call you nativists,” he said. „Wear it as a badge of honor.”⁴

Bannon verliess bekanntlich im August 2017 das Weisse Haus, wurde nach seinen Äusserungen in Michael Wolfs Buch *Fire and Fury* im Januar 2018 bei Breitbart News gefeuert und tourt jetzt mit gut bezahlten Vorträgen durch die Welt. Das gleiche lässt sich etwa von Yanis Varoufakis oder Gerhard Schröder sagen, nur dass Bannon nie Finanzminister oder Kanzler war. Varoufakis (2017) hat über seinen Kampf gegen das europäische und amerikanische „deep establishment“ ein Buch geschrieben⁵ und Schröder ist heute russisches Establishment.

2. Populismus und die Stimme des Volkes

Wer gegen das Establishment kämpft, sollte die Windmühlen vor Augen haben. Aber das wäre das Letzte, worauf ein Populist wie Bannon kommen würde. Er meint, was er sagt und sieht einen heroischen Kampf vor sich, mithin auch die Orte, an denen der Feind gestellt werden kann.

Während seiner Rede in Zürich hat Bannon mehrfach den Ausdruck „populism“ benutzt und damit politische Bewegungen wie die italienische „cinque stelle“ bezeichnet, deren Wahlkampf er in Italien unterstützt hat. Aber was genau meint „Populismus“? Und ist der Begriff nur negativ zu verstehen?

Zunächst handelt es sich um einen doppelten Kampfbegriff. Einerseits bezeichnet „Populismus“ die verachtete andere Seite: „Populisten“ sind immer nur die anderen.

³ Neue Zürcher Zeitung Nr. 59 vom 12. März 2018, S. 1.

⁴ New York Times vom 10. März 2018. <https://www.nytimes.com/2018/03/10/world/europe/steve-bannon-france-national-front.html>

⁵ Die amerikanische Fassung erschien am 3. Oktober 2017.

Andererseits soll „Populismus“ die unterdrückte Stimme des Volkes zum Ausdruck verhelfen. So wird er von den Bannons dieser Zeit verwendet. Der Begriff selbst hat verschiedene Facetten, mindestens aber diese:

- Deskriptiv sind grössere politische Bewegungen gemeint, rechte wie linke.
- Medial geht es um die Festlegung der Überzeugungen mit suggestiven Botschaften möglichst auf eigenen Kanälen.
- Politisch wird zum Widerstand gegen die etablierten Kräfte aufgerufen, der häufig mit Missionen verbunden ist.
- Öffentlich wird die radikale Vereinfachung aller Lösungen propagiert, die zugeschnitten sind auf ein Freund-Feind-Schema.

Soweit besteht noch gar kein Problem, zu dem ein Pädagoge etwas sagen könnte. Politische Bewegungen sind häufig öffentliche Manifestationen von Protest und in diesem Sinne für die Demokratie unverzichtbar. Der Protest richtet sich gegen klar erkennbare Missstände wie in Italien etwa die grassierende Korruption und der Einfluss der Mafia oder in den Vereinigten Staaten der wirtschaftliche Niedergang ganzer Regionen. „Populismus“ gibt solchen Bewegungen einen ideologischen Überbau und ein manichäisches Weltbild, oft verbunden mit Wut und Hass.

Radikalität der Rede ist nicht zu verwechseln mit radikalem Wandel, aber auffällig ist, dass der radikale Umbau einer Gesellschaft nicht für möglich gehalten wird ohne gleichzeitigen Umbau der Bildung. Das gilt für linke wie für rechte Bewegungen, nur der utopische Gehalt ist unterschiedlich. Linke Bewegungen setzen dabei auf den Ausbau der Emanzipation, rechte auf Autorität, Ordnung oder Nation, damit auf die Zurücknahme linker Errungenschaften.

In der Rhetorik von politischen Bewegungen finden sich immer Berufungen auf „das“ Volk, die die eigene Partikularität verdecken sollen. Erhalten Bewegungen die Macht, auch ganz demokratisch, dann werden sie versuchen, möglichst viel von der eigenen Radikalität in Politik zu übersetzen, und dies immer im Namen des Volkes. Dadurch wird verdeckt, wer tatsächlich bedient wird, und das sind vermutlich nicht die Stahlarbeiter von Kentucky und Ohio.

Wenn also aus Bewegungen Machtkonstellationen hervorgehen, die sich an den Umbau der Gesellschaft machen, dann ist immer sofort die organisierte Bildung betroffen. Sie wird an den ideologisch aufgeladenen Stellen angepasst und wo das einen Systemwechsel verlangt, wird dieser Wechsel vollzogen. Das gilt aber nicht nur für neue politische Bewegungen, sondern ebenso für Regimewechsel innerhalb von bestehenden Machtkonstellationen und auch dann gehört die Berufung auf den Willen des Volkes zum Begründungsarsenal.

Neu ist das natürlich nicht. Dass die *vox populi* die *vox dei* sei, die Stimme des Volkes also die Stimme Gottes, wurde in der Antike eigentlich als Warnung verstanden. Die *vox populi*, heisst es bei Hesiod, basiert auf Gerede, doch wenn es von vielen Leuten im Munde geführt wird, dann ist das Gerede selbst die Gottheit.⁶ In der römischen Rhetorik dagegen war die Stimme des Volkes heilig,⁷ aber das liegt auch nahe, weil der Rhetoriker ja genau diese

⁶ Hesiod: *Werke und Tage*, 759-763.

⁷ *Crede mihi, sacra populi lingua est* (Seneca: *Rhetorum controversiae* I,1,10).

Stimme zu beeinflussen sucht. Die Macht der öffentlichen Meinung dagegen ist seit dem Mittelalter ebenso unstrittig wie unheimlich.⁸

Die Verbindung von Demokratie und Allgemeinbildung ist gegen die Herrschaft der vox populi und des „Pöbels“ begründet worden, aber dies erst seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, nachdem das Volk als Adressat der Bildung entdeckt wurde und deswegen nicht länger Pöbel sein konnte. Die vox populi war zuvor oft gleichbedeutend mit Wunderglauben, religiösem Fanatismus, sozialer Empörung oder rigider Ausgrenzung, ohne diskursiv angelegt zu sein.

Öffentliche Meinung, anders gesagt, war frei von Bürgern. Die Bildung der Bürger ist daher das grosse pädagogische Programm der Aufklärung. Sie kommunizieren und beeinflussen eine öffentliche Meinung, die nicht spontan auf der Strasse entsteht, sondern auf Argumenten basiert, die aufgerufen sind, vor das Forum der Vernunft zu treten. So jedenfalls dachten sich Immanuel Kant und Jürgen Habermas die politische Öffentlichkeit. Sie besteht aus Bürgern und nicht aus Untertanen.

Tatsächlich sind die Ideen von Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie erst seit der Aufklärung eng miteinander verwoben (Israel 2013). Die attische Demokratie kannte wohl Bürger, aber kein allgemeines Wahlrecht und so auch keine allgemeine Bildung. Die mittelalterliche und frühneuzeitliche Öffentlichkeit bestand neben den Orten der Gerichtsbarkeit aus lokalen Versammlungen, Demonstrationen der Herrschaft und periodischen Aufständen der Untertanen. Der „Volkszorn“ war gefürchtet und musste niedergehalten werden.

Bildung war noch in der Renaissance nicht mehr als ein ständisches Privileg. Die egalitäre Vorstellung von Bildung ist mit der Reformation durchgesetzt worden, als Lesen zum Standard des Lernens wurde. Aber erst im 18. Jahrhundert entwickelte sich eine politische Öffentlichkeit, die gegen staatliche oder kirchliche Zensur Kritik und Meinungsfreiheit durchsetzte, wenngleich nie ohne Rückschläge und lange Zeit ohne Verfassungsgarantien.

3. Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie

Heute lautet ein weitgehend unstrittiger Grundsatz, dass in einer demokratisch verfassten Gesellschaft der politischen Öffentlichkeit eine Schlüsselrolle zukommt. Jede Demokratie muss auf Bürgerinnen und Bürger setzen, die kritikfähig sind und sich artikulieren können, ohne damit die Lebensform der Demokratie in Frage zu stellen. Demokratisches Zusammenleben braucht sozialen Austausch und so ein belastbares Minimum an Verständigungsbereitschaft auch zwischen Gegnern.

Davon zu unterscheiden ist öffentlicher Streit und der Kampf der Meinungen, also die Arena, die auch die Populisten benutzen. Man soll und muss gegen sie argumentieren, aber das ist nur möglich, wenn sie öffentlich zu Wort kommen. Das gilt auch und gerade dann, wenn man sie für gefährlich hält. Politische Meinungen bilden sich in der politischen Öffentlichkeit und so war es nicht nur ein journalistischer Coup, Steve Bannon in Oerlikon zu Wort kommen zu lassen.

⁸ Petrus Blenensis: Epistulae 15; Machiavelli: Discorsi I, 58.

Ein Revolutionär hat das Recht, sich frei und ungehindert zu äussern, es gilt, was er sagt, und das Publikum muss beurteilen, wie harmlos das ist. Gegenrede ist ja immer möglich, solange die politische Öffentlichkeit die Regeln bestimmt und verschiedene Meinungen im Spiel sind. Im Sinne von John Inazu (2016, S. 33) verlangt demokratisches Zusammenleben bei allem Streit eine „modest unity“, anders wären weder Austausch noch Kompromiss möglich.

In den Augen vieler Kritiker ist „Populismus“ unzulässige Vereinfachung, aber dann wären nicht wenige Politiker „Populisten“. Differenzierung ist ein Gebot der Analyse, aber nicht der politischen Werbung, die mit suggestiven Mitteln die Meinungsbildung beeinflussen soll. Politische Abstimmungen haben häufig sogar den Charakter radikalster Vereinfachung, nämlich die Wahl zwischen nur einem „entweder“ und nur einem „oder“.

Die Anmassung besteht darin, dass der Eindruck erweckt wird, die authentische Meinung des Volkes zum Ausdruck zu bringen, während doch nur die eigenen Anhänger bedient werden. Die politische Nutzung von Rousseaus *volonté générale* vor und während der Französischen Revolution ist das Muster dieser Strategie. Im Anschluss an Robespierre kann jeder Führer behaupten, mit seiner Person den Allgemeinwillen zu repräsentieren.

Oft wird das Volk auch gegen die politischen Eliten ausgespielt, meist mit dem Hinweis, dass sie den Kontakt mit dem Volk verloren hätten und nur für sich selbst sorgen würden. Das ist populär und für viele Wähler auch glaubwürdig. So hat etwa Donald Trump seinen Wahlkampf geführt. Doch aus dem Verdacht der Selbstbedienung folgt nie etwas. Eliten verschwinden nicht nach gewonnenen Wahlen und nur bestimmte Spitzen werden ausgetauscht. Insofern besteht eben ein Windmühlen-Problem.

Im politischen Vorfeld der Macht geht es um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch griffige Parolen. Die Cinque Stelle-Bewegung hat die Wahl mit dem Slogan „Ehrlichkeit vor Erfahrung“ gewonnen. Diese Bewegungen gruppieren sich nicht um eine politische Weltsicht und sie sind nur soweit stabil, wie ihre Forderungen Bestand haben und Wähler anziehen, etwa im Blick auf die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Italien⁹ oder den Neuaufbau der Stahlindustrie bei den Wählern Trumps.

Politische Mündigkeit setzt mehr voraus als wie immer berechnete Interessen, nämlich ein souveränes Urteil, das über die Programme und die Praxis der Politik gebildet wird. In liberalen Demokratien ist damit für die Regierenden das Risiko der Abwahl verbunden, das kommunikativ bearbeitet, aber nicht ausgeschaltet werden kann. Autoritäre Regimes berufen sich auf höhere Werte, die gar kein Abwahlrisiko kennen. Wer glaubt, der Geschichte, einer bestimmten Religion oder gar der Vorherrschaft der weissen Rasse zu dienen, kann sich keiner wirklichen Wahl stellen. In der Folge wird dann auch die liberale Erziehung bekämpft.

Liberal sind Bildungssysteme dann, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, also

- der Mündigkeit der künftigen Bürgerinnen und Bürger dienen,
- Meinungsfreiheit fördern,
- sich an den modernen Wissenschaften orientieren,
- Pluralismus der Sichtweisen gewährleisten,

⁹ Neue Zürcher Zeitung Nr. 57 vom 9. März 2018, S. 5.

- konfessionsfrei sind
- und auf dogmatische Wahrheiten verzichten.

Ihr Orientierungspunkt ist die demokratische Gesellschaft und nicht die Herrschaft einer bestimmten Gruppierung, die nur sich selbst dient und dabei alles tut, die öffentliche Bildung in ihrem Sinne zu kontrollieren.

Es gibt in einer Demokratie immer Konfliktzonen mit der öffentlichen Bildung, die häufig populistisch aufgeladen werden. Dazu gehören etwa der Sexualkundeunterricht, die Behandlung religiöser Minderheiten oder das Bild der Geschichte, das in der Schule vermittelt wird. Je stärker in diesen Zonen Ideologien aufeinander stossen, desto schwieriger wird die Problemlösung.

Mit „öffentlicher“ Bildung bezeichnet man staatliche Bildungsangebote,

- die frei zugänglich sind, also kostenlos angeboten werden,
- verbindliche Lehrpläne voraussetzen,
- keine sozialen Schranken des Besuchs kennen,
- professionell geführt werden
- und durch Schulgesetze verpflichtend sind.

Das Angebot ist über einen langen Zeitraum stabil und erfüllt so eine Art Generationenvertrag. Eltern verlassen sich darauf, dass für ihre Kinder ein ähnlich gutes oder besseres Angebot zur Verfügung steht als das, was sie wahrnehmen konnten. Der politische Streit dreht sich häufig um diese Frage, also wieweit von Fortschritt, Stagnation oder Rückschritt der Bildung gesprochen werden kann. Oft regiert dabei eine besondere Form von Populismus, nämlich Nostalgie.

Dagegen hilft ein Blick in die Geschichte. Das System der öffentlichen Bildung ist in den vergangenen beiden Jahrhunderten gegen grosse Widerstände aufgebaut worden und wäre ohne die verschiedenen Formen der Verstaatlichung nicht möglich gewesen (Oelkers 2018).

- Anfang bis Mitte des 19. Jahrhunderts dominierten Privatschulen den Sektor der Sekundarbeschulung,
- die Schulpflicht lag bei sechs Jahren wie nach der Reformation,
- Standards für den Unterricht fehlten noch weitgehend,
- auf dem Lande gab es nur Winterschulen
- und die Finanzierung war nicht dauerhaft gesichert.

Erst die staatliche Kontrolle der Sekundarschulen und damit die Verlängerung der Schulpflicht, der Anstieg der Ausgaben und das Durchsetzen einheitlicher Lehrpläne für die verschiedenen Schulstufen machten aus einem Flickenteppich mit hochgradigen Unterschieden im Blick auf die Ressourcen und die Qualitäten ein stabiles staatliches Angebot.

Schulen können nicht unabhängig von dem politischen Rahmen agieren, in dem sie verfasst sind und finanziert werden. Aber damit ist zugleich gesagt, dass politische Kräfte Einfluss zu nehmen versuchen.

- Von „Populismus“ lässt sich sprechen,

- wenn ebenso radikale wie einfache Lösungen angeboten werden,
- die als Patentrezepte erscheinen und die Komplexität des Systems gezielt missachten.
- Sie wirken wie die Erlösung von einem Übel, das seinerseits politisch definiert wird.

Häufig stehen hinter solchen Problemdefinitionen politische Bewegungen, die sich mit Kompromissen nicht zufrieden geben und radikale Entwicklungen fordern. Im Blick auf Schule und Bildung überwiegen moralische Argumente, die an kein Ende kommen, weil ihnen schlecht widersprochen werden kann. Verlangt wird oft ein radikaler Umbau des Systems, der sich letztlich nur mit harten autoritären Mitteln durchsetzen lässt. Bei Abstimmungen würden die Mehrheiten wechseln.

Chinas soziales Kreditsystem zur Verhaltenssteuerung ist nichts anderes als ein gigantischer Umerziehungsversuch, der dem Volk die Subversionen austreiben soll, also die einzige Waffe, die das Volk in einer Diktatur wirklich hat. Nicht die Bildung wird umgebaut, sondern die Öffentlichkeit, die noch Erving Goffman (1971) als sich selbst steuernde *public order* beschrieben hat.

Für Goffman bewegen sich die Individuen in einem öffentlichen Raum, der durch eben diese Bewegung erst geschaffen wird. Es geht um Beziehungen, Kontakte und Rituale, darunter auch solche des Ausgleichs, in volativen Netzwerken des öffentlichen Verkehrs, nicht um den Erwerb von Punkten in einem staatlichen Erziehungsprogramm, das Wohlverhalten belohnt und Abweichung betrifft. Im Gegensatz zu früheren Versuchen der sozialen Kontrolle geht dabei nichts verloren und ist jeder betroffen.

Populismus muss daher auch im Zusammenhang mit Autoritarismus gesehen werden. Es geht nicht nur um politische Bewegungen, sondern auch um die Festigung der Staatsmacht mit den Mitteln des politischen Behaviorismus, also medial gestützten Patentrezepten. Mündige Bürger sind dann nicht mehr nötig.

China wird von einem totalitären Regime beherrscht, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt und so auf Widerspruch nicht angewiesen zu sein scheint. Seit langem sind daher rechte Bewegungen vom chinesischen Modell eines diktatorischen Staatskapitalismus fasziniert, während zugleich sie die Auswüchse der kapitalistischen Globalisierung im Westen beklagen.

Wenn die regulierende Öffentlichkeit an Einfluss verliert und autokratische Tendenzen sich durchsetzen, dann kommen zwei zentrale Strategien ins Spiel, mit denen das Bildungssystem um- oder besser zurückgebaut wird. Das protestantische Mitteleuropa ist davon bislang nicht betroffen, wohl aber die katholischen Länder im Blick auf den Religionsunterricht, die bisherige Leitmacht USA bezogen auf Privatisierung und Verschuldung oder auch Russland und die Türkei mit Tendenzen der Re-Konfessionalisierung.

4. Umbau der Bildungssysteme

Die beiden Strategien unterscheiden sich und haben doch bestimmte gemeinsame Merkmale. Einerseits wird die Ausrichtung des gesamten Curriculums an den modernen

Wissenschaften in Frage gestellt und andererseits ist der Adressat der Bildung nicht länger der mündige Bürger oder die mündige Bürgerin. Beide Errungenschaften der Aufklärung sind von Fundamentalisten nie akzeptiert worden, nur fanden ihre Stimmen in Ländern wie Deutschland oder der Schweiz immer weniger Gehör. „Fundamentalisten“ sind Gruppierungen auf dogmatischem Grund, die sich mit keinem Argument korrigieren lassen. Ihr Gewicht im Bildungsbereich scheint weltweit zuzunehmen.

Die erste Strategie zeigt sich etwa an dem Versuch, die Evolutionstheorie aus dem Biologieunterricht zu entfernen oder stark zu relativieren, aber auch an der Nationalisierung des Geschichtsunterrichts, in der Sprachenpolitik, am schulischen Literaturkanon oder am Sexualunterricht, alles heikle Grössen für das Selbstverständnis von nationalkonservativen oder evangelikalen Gruppierungen, die sich in der liberalen Öffentlichkeit nicht vertreten fühlen und nicht zuletzt deswegen die Nähe zu Autokraten suchen.

Auch die zweite Strategie hat verschiedene Elemente. Zu ihnen zählen die Rückkehr zu einer unhinterfragbaren Autorität in Schule und Elternhaus, Disziplin und Strenge als Leitwerte, Rückbau der Demokratisierung, Entwertung von Dialog und Verhandlung oder die Verpflichtung der Erziehung auf Glauben, Volk oder Rasse. Es ist eine deutsche Optik anzunehmen, das sei Vergangenheit.

Pädagogische Konzepte dieser Art sind gerade im öffentlichen Streit immer erneuerbar und warten nur auf den passenden Diskursraum. Es handelt sich um eine Art versteckten Populismus, der sich sofort bemerkbar macht, wenn sich die Gelegenheit bietet. Entscheidend ist, wem in der Öffentlichkeit mit welchen Argumenten oder Evidenzen geglaubt wird und wie Mehrheiten entstehen.

Heute wird auch klar, dass der westliche Konsens über eine liberale Erziehung, der sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet hat, zu keinem Zeitpunkt eine globale Geltung hatte und immer umstritten war, denkt man an fundamentalistische Kräfte und autoritäre Positionen, die etwa in den Vereinigten Staaten nie verschwunden sind. Sie waren nur nicht in der erziehungswissenschaftlichen Literatur präsent, während sie sich in anderen Medien inzwischen deutlich bemerkbar machen und - wie die Trump-Wahl gezeigt hat - zunehmend an Einfluss gewinnen.

Was weiterhin festgehalten werden muss: Viele Bildungssysteme der Welt sind politisch autoritär und sie folgen Zielen, die nicht gebunden sind an die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft oder der europäischen Aufklärung. Man denke an das kommunistische China, die arabischen Länder, den Iran oder auch die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion, zu schweigen von Nord-Korea.

Wohl hat die Entwicklung der Bildungssysteme eine Art Eigenlogik, weil viele Elemente überall vorkommen und nicht abgebaut werden können. In keinem System fehlen stark dotierte Fächer wie Mathematik, Informatik wird nicht nur in der Schweiz Teil der Allgemeinbildung, niemand verzichtet auf Sport in der Schule und Länder wie China investieren in Spitzenforschung, die nicht von der Kommunistischen Partei beeinflusst werden kann.

Aber das bedeutet nicht, dass der politische Zugriff schwächer wird oder von einer weitgehenden Autonomie der Bildung gesprochen werden könnte. Schon Montesquieu ging davon aus, dass die Regierungsform die Gesetze der Erziehung bestimmt, nicht umgekehrt. Eine demokratische Erziehung kann es nur in einer Demokratie geben. Doch interessant sind

auch Fälle, die nicht in einer einfachen Relation aufgehen und hybride Gestalt annehmen, also formale Demokratien mit zunehmend autoritären Zügen, die an Monarchien erinnern und eine liberale Öffentlichkeit nicht nötig haben.

Pädagogisch sind besonders bedeutsam Fälle der Rückentwicklung, die der Erwartung einer zunehmenden Systemangleichung widersprechen. Dabei geht es vor allem um Bildungssysteme, die in der Vergangenheit säkularisiert worden sind und nun religiösen Gegenwind erhalten, der oft in populistischen Bewegungen entstanden ist, die lange auf eine Wende zugearbeitet haben.

- Beispiele sind die evangelikalischen Bewegungen oder die Kreationisten in den Vereinigten Staaten,
- die AKP („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) in der Türkei
- oder auch die Sammlungsbewegung PiS („Recht und Gerechtigkeit“) in Polen.
- In der Mehrzahl der Fälle wollen ehemals marginalisierte Religionsgemeinschaften ihren Einfluss auf gesellschaftliche Erziehung und öffentliche Bildung zurückgewinnen.

Ein bekanntes Beispiel für die Abwendung von der Staatsschule ist die gut organisierte Bewegung des „Homeschooling“, das mehrheitlich von Glaubensgemeinschaften realisiert wird. Bestimmte Gruppen christlicher Eltern unterrichten ihre Kinder zuhause, wo immer dies möglich ist und die Schulgesetze es zulassen. Damit soll erreicht werden, dass die Kinder vor den Zumutungen öffentlicher Schulen bewahrt werden. Letztlich wollen die Eltern damit sich und ihren Glauben schützen, der mit einer kontrollierten Erziehung an die nächste Generation überliefert werden soll und über den die Kinder also nicht frei entscheiden dürfen.¹⁰

Aber es geht nicht nur um religiöse Erziehung im Elternhaus, sondern auch um deutlich autoritäre Ansätze der Bildungspolitik, die im internationalen Vergleich gut zu beobachten sind, besonders dort, wo demokratische Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit bedroht oder bereits ausser Kraft gesetzt sind, etwa in Polen, in Ungarn, in Russland oder auch in der Türkei. Oft mischen sich dabei Populismus, Autoritarismus und Konfessionalisierung. Die staatliche Bildung wird umgebaut und der öffentlichen Einflussnahme entzogen.

Ein sicherer Indikator für Liberalität ist die Sprachenpolitik eines Landes, je weniger auf Minderheiten Rücksicht genommen wird, desto illiberaler ist die Politik. Ein aktuelles Beispiel ist das neue Bildungsgesetz der Ukraine, das im September 2017 verabschiedet wurde. Das pädagogisch moderne Gesetz¹¹ beschneidet die Rechte der russischen, ungarischen oder rumänischen Minderheiten, die keine Schulen in der eigenen Sprache mehr betreiben dürfen. Ab der fünften Klasse wird Ukrainisch in allen Fächern Unterrichtssprache, was mit der nationalen Einheit begründet wird.¹²

¹⁰ In den Vereinigten Staaten wurden im Jahre 2012 mehr als 1,77 Millionen amerikanische Kinder, zumeist aus religiös gebundenen Familien, nicht an öffentlichen oder privaten Schulen unterrichtet. 3,4% der Gesamtschülerschaft erfahren nur häuslichen Unterricht, was die Schulgesetze zulassen. Die Lehrer der Kinder sind ihre Eltern und die Zahl wächst langsam, aber kontinuierlich.

¹¹ Das Gesetz höhere Budgets, bessere Löhne, mehr Autonomie für die Schulen und modernere Unterrichtsmethoden vor.

¹² Neue Zürcher Zeitung Nr. 224 vom 27. September 2017, S. 3.

Eine weit grössere Rolle beim Systemumbau spielt die Religion und dies inzwischen auch in scheinbar säkularen Staaten wie der Türkei oder Russland. Hier lässt sich von einer Re-Konfessionalisierung der öffentlichen Schule sprechen, also der Rückgewinnung von Terrain, das bei der Gründung der Sowjetunion und der Republik Türkei verloren ging. Nicht-konfessionelle Lehrpläne und die Trennung von Schule und Kirche galten nach 1917 bzw. 1923 als grosser Fortschritt der Geschichte.¹³

Die Bevölkerung allerdings wurde nie befragt, ob sie das auch so sieht oder nicht lieber eine andere Lösung will. Die säkulare Schule wurde der Gesellschaft verordnet und nicht zur Diskussion gestellt, weil das eigene Volk mangels Bildung und verblendet durch Religion als unmündig angesehen wurde.

- Das sollte sich Jahrzehnte später als Fehlschluss erweisen,
- weil die Religionen sich im säkularen Staat keineswegs auflösten, sondern eher auf die Konterrevolution warteten, wie das von Michael Walzer in *The Paradox of Liberation* (2015) beschrieben worden ist.
- Die Konterrevolution muss nicht militärisch, sondern kann, wie in der Türkei, auch mit demokratischen Mitteln vollzogen werden (Cobanlı 2017).
- Das Bildungssystem trägt die Folgen.

In der Türkei ist islamischer Religionsunterricht heute wieder verbindlich und die Evolutionstheorie wurde aus dem Biologieunterricht weitgehend gestrichen. Zu Beginn des Jahres 2017 hat das türkische Bildungsministerium den Entwurf für einen Lehrplan vorgelegt, der vorsieht, die Evolutionstheorie nicht mehr zu unterrichten. Der stellvertretende Ministerpräsident nannte Darwins Lehre „archaisch und verrottet“.

Der Entwurf löste in der türkischen Zivilgesellschaft einen Sturm der Entrüstung aus, Bildungsexperten und mit ihnen viele Bürger protestierten, zusammen wurden mehr als 1.840 Eingaben gegen den Lehrplan geltend gemacht. Die regierende AKP focht das nicht an, nur machte sie jetzt pädagogische Gründe geltend. Die Evolutionstheorie sei zu kompliziert und zudem umstritten, hiess es, das könne man türkischen Schülern nicht zumuten.

Deswegen wurde die Evolutionstheorie aus dem Lehrplan der neunten Klasse herausgenommen und erst kurz vor der Matura soll sie angesprochen werden, weil die Schüler dann reif genug sind.¹⁴ Auch Karl Marx und so die Gesellschaftskritik werden im Fach Gesellschaftskunde nicht mehr vorkommen. Im Musikunterricht sollen religiöse Hymnen gelernt werden.¹⁵

Der neue Lehrplan ist inzwischen in Kraft getreten. Er orientiert sich an „türkischen Werten“, der Laizismus des Republikgründers Atatürk erhält eine deutliche geringere Unterrichtszeit, alle neu gebauten Schulen werden mit einer Moschee oder einem Gebetsraum ausgestattet, die Gründung religiöser Schulen wird erleichtert und die Prüfung für die gymnasiale Oberstufe wird abgeschafft.

Die Abschaffung der Prüfung ist ein Kernstück der Reform und sie wird wiederum pädagogisch begründet. Bislang erhielten von 1,3 Millionen Schülern des letzten Jahrgangs

¹³ Säkularisierung und Laizismus der staatlichen Institutionen wurden 1928 bzw. 1937 in der türkischen Verfassung festgeschrieben.

¹⁴ Neue Zürcher Zeitung Nr. 145 vom 26. Juni 2017, S. 5.

¹⁵ Spiegel Online vom 27. September 2017.

der Mittelschulen nur 400.000 einen Platz an einem öffentlichen Gymnasium.¹⁶ Diesen Selektionsdruck könne man den Schülern nicht zumuten, hiess es von Seiten des Bildungsministeriums.

Aber die Abschaffung der Prüfung stärkt die muslimischen Imam-Hatip-Schulen, deren Abschlüsse denen der Gymnasien gleichgestellt werden. Die Schulen sind nach 1923 für die Priesterausbildung gegründet und 1997 nach dem Militärputsch weitgehend geschlossen worden. Als 2002 die AKP an die Macht kam, besuchten weniger als 100.000 Kinder die religiösen Schulen, heute sind es rund 1,3 Millionen.¹⁷

Die Nachfrage entsteht in den islamischen Familien, die sich als Opfer der kemalistischen Modernisierung verstehen.¹⁸ Der Feind ist die Gülen-Bewegung, ebenfalls eine dezidiert pädagogische Bewegung, deren Schulen einen wissenschaftsorientierten Lehrplan haben, ohne deswegen areligiös zu sein.

Ein ähnlicher Trend lässt sich in Russland beobachten. Im Zuge der Trennung von Staat und Kirche wurde 1918 der Religionsunterricht an staatlichen Schulen verboten, Religion wurde zur Privatsache erklärt (Danilovich 2016, S. 211).

- Vom 1. September 2015 an wird an russischen Schulen das Pflichtfach „Grundlagen der spirituellen und moralischen Kultur Russlands“ unterrichtet.
- Das Fach ist massgeblich von der orthodoxen Kirche unterstützt worden, die ihren Einfluss auf die staatliche Schule kontinuierlich ausgedehnt hat und faktisch Glaubensunterricht befürwortet.¹⁹
- Die orthodoxe Kirche hat nie vergessen, dass sie nach der Revolution vernichtet werden sollte.

Einen noch stärkeren Einfluss auf die Bildung übt traditionell die katholische Kirche in Polen aus. Im kommunistischen Polen war Religionsunterricht in den Schulen nur während zweier kurzer Perioden erlaubt und bis 1990 dreissig Jahre lang verboten (Mazgay 2010, S. 68-101).²⁰ In der säkularen polnischen Verfassung von 1997 ist Religionsunterricht doppelt verankert. Eltern haben das Recht, ihre Kinder gemäss ihrem Glauben zu erziehen und die Religion von Kirchen oder staatlich anerkannten religiösen Organisationen können an den öffentlichen Schulen unterrichtet werden, sofern dadurch die Religionsfreiheit nicht verletzt wird.²¹

- De facto regiert die katholische Kirche den Unterricht. Religion ist zwar kein Pflichtfach,

¹⁶ Im Schuljahr 2016/2017 besuchten insgesamt 17,32 Millionen Schülerinnen türkische Schulen. Das Einschulungsalter liegt bei 5 1/2 Jahren, die Schulzeit beträgt 12 Jahre, nach achten Jahren kann die Oberschule besucht werden. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Kultur-UndBildungspolitik_node.html

¹⁷ Neue Zürcher Zeitung Nr. 226 vom 29. September 2017, S. 5.

¹⁸ The Guardian vom 12. Februar 2015. <https://www.theguardian.com/world/2015/feb/12/turkish-parents-steered-religious-schools-secular-imam-hatip>

¹⁹ <http://www2.stetson.edu/~psteeves/relnews/160125b.html>

²⁰ Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und während der kurzen Periode des „Taufwitters“ in fünfziger Jahren gab es Religionsunterricht in den Schulen, danach nur noch als Angebot nach der Schule in den Gemeinden. Im Schuljahr 1990/91 wurde ein Wahlfach neu eingeführt. (New York Times August 20th 1990) <http://www.nytimes.com/1990/08/14/world/poland-s-public-schools-to-offer-classes-in-religion.html>

²¹ Polnische Verfassung vom 2. April 1997, Artikel 48 und 53. <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/angielski/kon1.htm>

- aber wird mit hoher Stundenzahl unterrichtet und auch benotet,
- die Note erscheint im Zeugnis unterhalb der Verhaltensnote und die Abmeldung vom Unterricht hat soziale Folgen.
- Der Unterricht selbst ist katechetisch und behandelt nur das katholische Christentum.
- Über das Curriculum und die Anstellung des Lehrpersonals hat der Staat keine Kontrolle (Zielinska/Koschalka 2015).

Ethik wird formal als Alternative angeboten, aber die notwendigen Ressourcen werden häufig nicht zur Verfügung gestellt.²² Noch 2017 heisst es in einem Forschungsbericht, dass Ethik nur marginal unterrichtet werde, in den Schulen als Alternative zum Religionsunterricht Ablehnung erfahre und nicht zuletzt deswegen keine Unterstützung finde (Madalinska-Michalak 2017).

Auch in Ungarn ist seit 2013 konfessioneller Religionsunterricht Wahlpflichtfach in den öffentlichen Schulen, eine Mehrzahl der Schüler wählt inzwischen diese Variante gegenüber dem säkularen Ethikunterricht. Die Evolutionstheorie wurde aus dem Lehrplan gestrichen. Der Widerstand gegen solche Entwicklungen ist schwach und der Rückhalt in Teilen der Bevölkerung gross.

In allen diesen Fällen orientiert sich die Bildungspolitik an bestimmten Kriterien, die weitgehend identisch sind:

- Nationale Werte,
- Helden der nationalen Geschichte,
- der Vorrang angestammter Religionsgemeinschaften,
- patriotische Literatur
- und Vorbilder des gesellschaftlichen Lebens, soweit sie zur politischen Herrschaft passen.

„Nation“ ist gleichbedeutend mit Sprache und geschichtlichem Raum, auch wenn der gar nicht konstant war. Die Lehrpläne sind paternal ausgerichtet und kennen weder Mehrperspektivität noch freie Lernformen oder den Schutz der Minderheiten.

Auch der protestantische Fundamentalismus ist nicht Geschichte, sondern Gegenwart, die das öffentliche Bildungswesen unmittelbar berührt. Elisabeth (Betsy) deVos, die mit Stichentscheid des Senats berufene Bildungsministerin der Regierung Trump,²³ hat ihre Vision des künftigen Bildungswesens in den Vereinigten Staaten mit dem Hinweis erklärt, es solle geleitet sein von dem Bestreben „to advance God’s Kingdom“.²⁴ Ein zentrales Mittel dafür ist die Privatisierung.

- Die Strategie ist, Platz zu schaffen für einen freien Bildungsmarkt und in diesem Zusammenhang auch für die Finanzierung religiöser Schulen mit staatlichen Bildungsgutscheinen.
- Die freie Schulwahl war Teil eines neo-liberalen Reformprogramms, das Mitte der neunziger Jahre der Chancengleichheit dienen sollte.

²² <http://www.polentoday.de/content/view/4313/44/>

²³ Neue Zürcher Zeitung Nr. 32 vom 8. Februar 2017, S. 5.

²⁴ <https://www.nytimes.com/2016/12/13/opinion/betsy-devos-and-gods-plan-for-schools.html>

- Die freie Schulwahl sollte für die Unterschicht den Besuch besserer Schulen ermöglichen, der mit Bildungsgutscheinen finanziert wurde.

Die religiöse Rechte hat dieses Programm aufgegriffen und für sich instrumentiert. Der Fokus wurde verlagert von der Chancengleichheit zur religiösen Homogenität. Das geschah legal, nachdem der Supreme Court die Finanzierung von religiösen Privatschulen mit staatlichen Bildungsgutscheinen gutgeheissen hat.²⁵ Im Anschluss an dieses Urteil stieg der Zahl dieser Schulen steil an.

Damit gilt der Kampf der öffentlichen, staatlich finanzierten Bildung, die sich an den Wissenschaften orientiert, Glaubenslehren ausschliesst und für das christliche „Kingdom of God“ keinen Platz hat. Diese Vision wäre gleichbedeutend mit einem Suprematanspruch, den staatliche Schulen ausschliessen müssen.

- Die starken christlichen Sekten in den Vereinigten Staaten haben das nie akzeptiert,
- von den Lehren der *Fundamentals*, also fundamentalistischer Theologen zu Beginn des 20. Jahrhunderts,
- die gegen die Evolutionstheorie Front machten,
- führt daher nicht zufällig ein direkter Weg in das Kabinett von Präsident Donald Trump.

Die Wahl von Betsy DeVos zur Secretary of Education der Vereinigten Staaten hat erneut die Diskussion aufgeworfen, wie weit die Trennung von Staat und Kirche in der öffentlichen Schule geht. Der Supreme Court betrachtet Religionen mehrheitlich als „Standpunkt“ (viewpoint), den jedermann einnehmen dürfe und den auszuschliessen gegen das Diskriminierungsverbot verstosse (Stewart 2012, S. 98).

Einen Standpunkt zu vertreten, ist gleichbedeutend mit eine Meinung zu äussern, und das steht unter dem Schutz der Verfassung. Religiöse Schulen sind daher keine Stätten der Indoktrination, sondern der freien Meinungsäusserung von Standpunkten, die mit staatlichen Mitteln wie Bildungsgutscheinen unterstützt werden dürfen.

Auch Secretary DeVos und ihre evangelikalen Kreise reagieren auf einen historischen Verlust. In früheren Epochen war die amerikanische Schule ganz selbstverständlich christlich ausgerichtet, auch wenn das Fach Religion nicht unterrichtet wurde. Katherine Stewart hat 2012 herausgearbeitet, dass die religiöse Rechte in den Vereinigten Staaten die Trennung von Schule und Kirchen nicht nur nie akzeptiert, sondern unablässig und mit allen Mitteln bekämpft hat. Für sie war die Wahl Trumps der grösste denkbare Triumph.

Was bei Katherine Stewart auch deutlich wird, ist eine Geschichtsklitterung, gemäss der der Untergang der amerikanischen Bildung mit den früheren Urteilen des Supreme Court zur Trennung von Schule und Kirche eingesetzt hat. Der Fernsehevangelist Pat Robertson hat 1991 davon gesprochen, dass der moralische Niedergang der amerikanischen Nation mit diesen Urteilen eingesetzt habe (ebd., S. 67). In verschiedenen Veröffentlichungen wird auch behauptet, dass der Leistungsrückgang unmittelbar mit der Säkularisierung der Schulen zusammenhänge (ebd., S. 68).

²⁵ Gemäss einem Urteil des amerikanischen Supreme Court aus dem Jahre 2002 ist die Praxis der Förderung von religiösen Schulen unter bestimmten Bedingungen legitim. Damit endete die Praxis der rigorosen Trennung von Staat und Kirche im Bereich der Bildung.

Für viele Eltern ist das der zentrale Grund, für ihre Kinder christliche Schulen zu wählen, während Schulleistungen vor allem mit der sozialen Zusammensetzung der Schulen zu tun haben. Freie Schulwahl befördert die Segregation im Namen des höchsten demokratischen Wertes, nämlich eben der Freiheit. Faktisch entsteht so eine pädagogische „white supremacy“, gefördert von Mäzenen wie den Koch-Brüdern oder der Familie DeVos, die die neue Rechte in den Vereinigten Staaten finanzieren (Mayer 2016, S. 233ff.)

Das zeigt, wie unmittelbar Erziehung und fundamentalistische Religionsauffassungen immer noch zusammenhängen.

- Der eigene Glaube ist rigorose Massstab für den Zugang zur Welt
- und die öffentliche Bildung wird abgelehnt, wenn und soweit sie den Glaubenserwartungen nicht entspricht.
- Was dabei politisch hilft, wird unterstützt, was nicht, wird bekämpft.
- Die Meinung der Öffentlichkeit spielt keine Rolle oder wird denunziert.
- In diesem Sinne lässt sich gewissermassen von einem Urtyp des Populismus sprechen.

Es sind aber nicht nur christliche Fundamentalisten, die die Staatsschule ablehnen und den Schulbesuch der freien Wahl überlassen wollen. „School choice“ wird von vielen Ökonomen präferiert, um die Freiheit der Eltern zu stärken und die Macht der Bürokratie zu brechen. Das Resultat ist eine Entschulung von innen, die getrieben wird von Testresultaten und Kommerzialisierung (Abrams 2016).

Wer Schulen wie Betriebe ansieht, verzichtet auch auf demokratische Kontrollen durch gewählte School-Boards, die ersetzt werden durch Unternehmer oder CEOs in staatlichen Schulen (Ravitch 2014, S. 278-289). Ein weiteres ökonomisches Mittel, die öffentliche Bildung zu unterminieren, ist neben der Privatisierung auch die Verschuldung durch hohe Studiengebühren. Damit verschärft sich nicht nur die Frage nach dem Ertrag des Studiums, vielmehr hat jedes Studium unmittelbare Folgen für die Lebensplanung.

5. Pädagogischer Populismus

Am Ende fragt sich, ob auch von einem speziell pädagogischen Populismus die Rede sein kann. Geht man von der eingangs erwähnten Rhetorik aus, dann lässt sich die Frage klar beantworten. „Erziehung“ und „Bildung“ werden häufig instrumentell verstanden, als Mittel, mit denen sich anhaltende Verbesserungen erreichen lassen. Das gilt zumal im Blick auf die eigenen Institutionen. Bildungsreformen sind immer mit Propagierungsarbeit verbunden, die am Anfang Erfolge versprechen, die sich im Prozess schnell verlieren können (Imlig/Lehmann/Manz 2018). Aber trotz dieser Erfahrungen ist es kaum möglich, über Erziehung und Bildung rein negativ zu sprechen. Selbst die radikale Schulkritik hat immer Alternativen im Köcher.

Auf sie konzentriere ich mich abschliessend. Das System der öffentlichen Bildung ist im 20. Jahrhundert exponentiell gewachsen und hat früh Kritik erfahren, die sich mit dem Erfolg der staatlichen Verschulung zusehends verschärfte. Die Stossrichtungen der Kritik sind zwischen 1850 und 1930 formuliert worden (Oelkers 2000, S. 66-84) und halten sich bis heute:

- Staatliche Schulen arbeiten mit einem angemessenen Mandat und sind de facto Monopole.
- Sie widersprechen der Selbstbestimmung des Kindes.
- Lehrkräfte verwalteten die Privilegien des Staates.
- Schulen haben im Verhältnis zum Aufwand keinen auch nur annähernd angemessenen Ertrag.
- Das Schulwissen hat keinen Lebensbezug und wird rasch vergessen.

Der erste grosse Feind der staatlichen Volksschule war die katholische Kirche, die von „Schulzwang“ sprach und damit die Verstaatlichung der Schulaufsicht meinte. In der frühen Kinderpsychologie wurde ein Gegensatz zwischen dem natürlichen Lernen des Kindes und dem entfremdeten Lernen in der Institution Schule konstruiert. Und früh wurde auch die Bürokratie der Schule unter Anklage gestellt.

Schliesslich denunzierten Kritiker wie der Arbeitspsychologe Gustav Grossmann,²⁶ einer der Begründer des heutigen „Zeit- und Selbstmanagements“, Schulen als die Orte falschen Lernens, weil in der Praxis ganz andere Faktoren den Erfolg bestimmen als der staatliche Lehrplan (ebd., S. 81). Pädagogischer Idealismus ist gefährlich, weil er den „vollen Menschen“ in seinem Leistungsstreben behindert (ebd., S. 80). Und der Autodidakt ist das Vorbild für zwangsfreies Lernen (ebd., S. 82).

Die Schulkritik hat die Institution Schule ständig angegriffen, aber nicht wirklich verändert. Sie ist eine Art Gegenpropaganda, ein Populismus eigener Art, weil sie gegenüber einem historisch gewachsenen System wiederum mit Patentlösungen argumentiert, die nicht zum System passen und abgestossen werden. Bildungssysteme wandeln sich nicht einfach nach Massgabe ihrer Kritiker, sondern aus sich selbst heraus und unter Aufsicht der Verwaltung.

Kevin Carey, Leiter des bildungspolitischen Programms der New America Foundation in Washington DC²⁷ und einer der heutigen Kritiker der amerikanischen Universität, hat dafür auch eine Erklärung:

„Organizations become so used to the way things are, they can't conceive of another way until a new competitor springs up to take advantage of all those inefficiencies and rives the old business to extinction“ (Carey 2016, S. 51).

Das ist das inzwischen sehr populäre Napster-Argument: So wie die Musikindustrie verschwunden ist, weil die Tauschbörse Napster attraktivere Angebote gemacht hat, so wird auch die Bildungsindustrie verschwinden, weil digitale Angebote billiger sind, besser und leichter zugänglich.

Damit verbunden ist die Frage, ob öffentliche Bildung an gesellschaftliche Institutionen gebunden sein muss. Diese Frage erhält nicht nur von Seiten digitaler Bildung her Auftrieb, sondern auch durch die ökonomische Kritik der schulischen Allgemeinbildung, der vorgeworfen wird, sie sei im Grossen und Ganzen nutzlos, weil man mit ihrem Angebot nichts anfangen kann.

²⁶ Gustav Grossmann (1893-1973) promovierte 1920 in Königsberg und war seit 1926 als Werbeleiter beim Münchner Oldenbourg-Verlag tätig. Ein Jahr später machte er sich als Berater und Trainer selbstständig. Bekannt wurde Grossman durch seine Methode der Selbststrukturalisierung.

²⁷ <https://www.newamerica.org/education-policy/our-people/>

Kevin Carey geht davon aus, dass Bildung strukturiert sein muss, interaktiv ist und viel Zeit in Anspruch nimmt, aber überall stattfinden kann, ohne eine Institution wie die Universität vorauszusetzen (Carey 2016, S. 116). Nötig sind kontinuierliche und organisierte Interaktionen mit Experten und deren Lernumgebungen, „either in persons or represented in words or computer code“.

Der amerikanische Ökonom Bryan Caplan (2018) hält das Bildungssystem für eine einzige Verschwendung von Zeit und Geld, sofern mehr vermittelt werden soll als das, was über die zum Leben notwendige Elementarbildung hinausgehen würde. Eine ähnliche Forderung, Konzentration der Bildung auf die Grundlagen „lire, écrire, compter“, findet sich auch im pädagogischen Programm von Emmanuelle Marcons Bewegung „En marche“, wengleich nur bezogen auf die Vor- und die Primarschule.²⁸

Kostenlose und verpflichtende Bildung für alle wird von Caplan bezeichnet als „panideological affection“ (ebd., S. 196), weil niemand dagegen ist und jeder mehr verlangt. Aber die Bildungsindustrie geht in ihrem Einfluss viel zu weit. „The United States - and probably the rest of the world - is overeducated“ (ebd., S. 199).

Das bekanntlich geht auf Oscar Wilde zurück, der seine *Few Maxims for the Instruction of the Over-Educated*²⁹ mit dem Satz beginnen last:

„Education is an admirable thing. But it is well to remember from time to time that nothing that is worth knowing can be taught“³⁰.

Das wäre selbst für Caplan zu radikal. Für ihn sind die Alternativen die „Entfettung“ des Curriculums, also Konzentration auf das praktisch Verwertbare und Nützliche für den Arbeitsmarkt einerseits, Kürzung der staatlichen Subventionen sowie Erhöhung des Schulgeldes andererseits (ebd., S. 204-209).

- „There really is no need für K-12 to teach history, social studies, art, music, or foreign languages“ (ebd., S. 206),
- wenn die erwachsenen Amerikaner andererseits beklagenswerte Defizite im Lesen, Schreiben und Rechnen aufweisen (ebd., S. 205/206).

Damit wäre die Entwicklung der öffentlichen Bildung in den Vereinigten Staaten zurückgeworfen in die Zeit vor dem amerikanischen Bürgerkrieg. Auch das ist eine Provokation, die zu Diskreditierungen führen soll. Ein Zusammenhang zwischen Allgemeinbildung und politischer Öffentlichkeit wird nicht einmal negiert, sondern kommt gar nicht erst in den Blick.

Ist das nun Populismus? Ja, weil das tabula-rasa-Argument noch nie etwas bewirkt hat. Grosssysteme werden sich gegen radikale Vorstellungen ihrer Nutzlosigkeit zur Wehr setzen und Gegenrechnungen aufmachen oder einfach gar nicht darauf eingehen. Und wundersame Effekte kann es nicht geben.

²⁸ <https://en-marche.fr/emmanuel-macron/le-programme/education>

²⁹ Anonym veröffentlicht am 17. November 1894 in der Saturday Review.

³⁰ <https://www.brainpickings.org/2014/10/16/oscar-wilde-a-few-maxims-for-the-instruction-of-the-over-educated/>

Nein, weil sich Fragen der Wirksamkeit stellen und Leistungen der öffentlichen Bildung nachgewiesen und belegt werden müssen. Aber das ändert nichts daran, dass eine liberale Demokratie trotz aller Defizite auf die Verteilung einer im Minimum hohen Allgemeinbildung setzen muss, wie im Lehrplan 21. Sonst landet man bei Jason Brennans (2016) *Against Democracy* und so der Herrschaft von gebildeten Autokraten.

Literatur

- Abrams, Samuel E. (2016): *Education and the Commercial Mindset*. Cambridge, Mass./London: Harvard University Press.
- Brennan, Jason (2016): *Against Democracy*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Caplan, Bryan (2018): *The Case Against Education. Why the System of Education is a Waste of Time and Money*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Carey, Kevin (2015): *The End of College. Creating the Future of Learning and the University of Everywhere*. New York: Riverhead Books.
- Cobanli, Hasan (2017): *Erdoganistan. Der Absturz der Türkei und die Folgen für Deutschland*. München: C.H. Beck.
- Danilovich, Yauheniya (2016): *Religiöses Lernen im Jugendalter. Eine internationale vergleichende Studie in der orthodoxen und evangelischen Kirche*. Göttingen: V&R unipress.
- Goffman, Erving (1971): *Relations in Public. Microstudies of the Public Order*. Harmondsworth/Middlesex: Penguin Books.
- Green, Joshua (2017): *Devil's Bargain. Steve Bannon, Donald Trump, and the Storming of the Presidency*. New York: Penguin Press.
- Imlig, Flavian/Lehmann, Lukas/Manz, Karin (Hrsg.) (2018): *Veränderungsabsichten und Folgeprobleme. Annäherungen an eine Theorie der Schulreform*. Wiesbaden: Springer VS.
- Inazu, John D. (2016): *Confident Pluralism. Surviving and Thriving Through Deep Difference*. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Israel, Jonathan (2013): *Democratic Enlightenment. Philosophy, Revolution, and Human Rights*. Oxford: Oxford University Press.
- Jahn, Johann Wilhelm (1720): *Der Freudige Geist Derer am Ersten Pfingst-Fest N.T. versammelten Jünger Christi wurde in einer am ersten Pfingst-Tage Anno 1720 in der Stadt-Kirchen zu WITTENBERG über die ordentliche Fest-Epistel gehaltenen Predigt zu andächtiger Betrachtung vorgestellt*. Wittenberg: Die Gerdestsche Wittwe.
- Madalinska-Michalak, Joanna (2017): *Teaching Ethics in Schools in Poland: Main Challenges*. Paper for the ECER Conference, August 25th.
<http://www.eera-ecer.de/ecer-programmes/conference/22/contribution/41460/>
- Mayer, Jane (2016): *Dark Money. The Hidden History of the Billionaires Behind the Rise of the Radical Right*. New York et. al.: Doubleday.
- Mazgaj, Marian S. (2010): *Church and State in Communist Poland. A History, 1944-1989*. Jefferson, North Carolina: McFarland&Company.
- Oelkers, Jürgen (2000): *Schulreform und Schulkritik. Zweite, vollständig überarbeitete Auflage*. Würzburg: Ergon Verlag.
- Oelkers, Jürgen: (2018): *Modernisierung als Verstaatlichung*. In: Ulrich Binder/Elmar Anhalt (Hrsg.): *Bildung und Modernisierung*. Weinheim/Basel: BeltzJuventa.
- Ravitch, Diane (2007): *Edspeak: A Glossary of Education Terms, Phases, Buzzwords, and Jargon*. Alexandria VA: Association for Supervision and Curriculum Development.

- Ravitch, Diane (2014): *Reign of Error. The Hoax of the Privatization Movement and the Danger to America's Public Schools* New York: Vintage Books.
- Stewart, Katherine (2012): *The Good News Club. The Christian Right's Stealth Assault on America's Children*. New York: Public Affairs.
- Varoufakis, Yanis (2017): *Adults in the Room: My Battle with the European and American Deep Establishment*. New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Walzer, Michael (2015): *The Paradox of Liberation. Secular Revolutions and Religious Counterrevolutions*. New Haven/London: Yale University Press.
- Zielińska, Katarzyna/Koschalka, Ben (2015): *Poland's Religious Education Battleground: The „Secular School” Initiative and Other Issues with Religious Education*. Notes from Poland, October 1st.
<https://notesfrompoland.com/2015/10/01/polands-religious-education-battleground-the-secular-school-initiative-and-other-issues-with-religious-education/>